

## Bismarck und Bush in Bagdad

Von großen strategischen Würfeln und alltäglichen Nöten vor Ort

von Tim B. Müller



Foto: W. Borrs

**TIM B. MÜLLER**, geb. 1978, Redakteur der *IP*, ist Historiker und schreibt regelmäßig für die *Süddeutsche Zeitung*. Veröffentlichungen zur Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, zur Historiographie des Holocaust, zur intellektuellen Emigration und zur amerikanischen Außenpolitik.

Vor kurzem war der große Gelehrte John Lewis Gaddis ins Weiße Haus geladen. Der führende Historiker des Kalten Krieges, der in Yale mit Paul Kennedy oder Charles Hill in legendären Seminaren die Klassiker des strategischen Denkens lehrt, hatte im vergangenen Jahr der Nationalen Sicherheitsstrategie der Bush-Regierung ein intellektuelles Fundament errichtet. In „Surprise, Security, and the American Experience“ zeigte er die politische Tradition Amerikas, in der die scheinbare außenpolitische Revolution unter George W. Bush steht. Ob der Präsident bei dem gelehrten Strategen nun Rat gesucht hat oder nicht – was Gaddis dem amerikanischen Präsidenten in jedem Fall raten würde, hat er in *Foreign Affairs* (Januar/Februar) niedergelegt.

Gaddis beginnt mit einer Würdigung der Erfolge der Bush-Regierung: Es gab keine weiteren größeren terroristischen Anschläge auf amerikanischem Boden, und die Regierung hat das Konzept des Präventivkriegs wiederbelebt, ohne das im Krieg gegen den Terrorismus kein Sieg zu erringen sei. Zwar verwische die Sprache der Amtsträger die Unterschiede zwischen dem defensiver gefassten Begriff der Präemption und dem offensiven Begriff der Prävention, doch anders als in der Welt des Kalten Krieges könne zwischen beiden Begriffen auch keine trennscharfe Unterscheidungslinie mehr gezogen werden, so Gaddis. Diese Distinktion sei „eines der Opfer des 11. Septembers“ gewesen: Den USA bleibe manchmal nichts anderes übrig, als präemptive Gewaltmittel einzusetzen, um einer tödlichen Gefahr präventiv zu begegnen.

Den Irak-Krieg lässt Gaddis jedoch nur unter Vorbehalt als Präventivkrieg gelten. Vor allem meint er es ernst, wenn er „manchmal“ sagt. Der überwiegende Teil seines Artikels ist nicht-militärischen Mitteln gewidmet. Beides zusammen ergibt die „Grand Strategy“, die Gaddis für die nächsten Jahre entwirft. Einfluss aufrechtzuerhalten, so erinnert Gaddis, setze „nicht nur Macht voraus, sondern auch die Abwesenheit von Widerstand“. Widerstand wird am besten mit Überzeugungskraft überwunden, nicht mit Gewalt gebrochen, und darin habe Bush in seiner ersten Amtszeit versagt. „Bessere Manieren“ seien nun gefordert.

Selbst die beste Strategie brauche Legitimität – die nur erlangt werden könne, wenn der Irak-Krieg die Ausnahme bleibe. Das künftige Modell legitimer militärischer Aktionen stellen die gemeinsam mit Verbündeten durchgeführten Einsätze in Afghanistan, auf dem Balkan oder 1991 gegen den Irak dar. Dieser Legitimität schaden jedoch die Arroganz und die Unklarheit der amerikanischen Rhetorik. Der Präsident beschwöre große Ideale, bleibe jedoch zu oft die Antwort auf konkrete Fragen schuldig. Amerika habe der Welt immer noch nicht überzeugend erklärt, warum es auf militärische Prävention nicht verzichten könne. Diese Überzeugungsarbeit ist nicht nur das Beiwerk kultureller Diplomatie, sie ist für Gaddis ein Kernstück seiner Strategie.

In diese Richtung zielen auch die detaillierteren Ratschläge: Die Gefahr, dass Massenvernichtungswaffen in die Hände von Tyrannen oder Terroristen gelangen, lasse sich am besten mit multilateralen Methoden bekämp-

fen. Die Sanktionen der UN waren im Irak anscheinend erfolgreicher als lange Zeit gedacht, und warum sollte im Fall Irans nicht ähnliches möglich sein? Wer „Takt, Flexibilität und die Bereitschaft zuzuhören“ an den Tag lege, der könne wieder zum leuchtenden Vorbild werden, dem man folgt.

Diese Tugenden seien auch unverzichtbar, um Wandel im Nahen und Mittleren Osten herbeizuführen. Gaddis begrüßt, dass die Bush-Regierung endlich den unheilvollen Status quo in der Region erschüttert hat, und er teilt aus strategischen Gründen das langfristige Ziel der Demokratisierung. Doch auf Dauer müsse Demokratie von innen wachsen. Den nötigen äußeren Anstoß habe die Regierung gegeben. Das Verdienst wohnt nur allzu nahe beim Fehlschlag: Man gab sich in Washington der Idee von der Schocktherapie hin – aus den Trümmern der alten Ordnung würde schon eine bessere, sicherere, wohlhabendere, demokratischere neue Ordnung entstehen. Das sei das größte Fehltriteil der Bush-Regierung gewesen, erklärt Gaddis. Hätte der Präsident doch nur von Bismarck gelernt! Der deutsche Kanzler zertrümmerte eine alte Welt, um die deutsche Einigung herbeizuführen, aber er schuf mit gleicher geduldiger Sorgfalt ein neues internationales System, das jahrzehntelang funktionierte.

So muss Gaddis am Ende doch diagnostizieren, dass Bush, dem er einen Stammbaum in der außenpolitischen Tradition verschafft hat, aus der Art geschlagen sei. Denn die „entscheidende Frage der zweiten Amtszeit“, nämlich ob Bush Bismarcks Beispiel folgen werde, könne auch amerikanisch formuliert werden: Von Roosevelt bis Clinton war es die erfolgreiche Strategie Amerikas, die Welt zu überzeugen und eine internationale Ordnung zu schaffen.

Unter den etablierten politischen Denkern Amerikas scheint Gaddis' Sicht weithin Zustimmung zu finden. Man braucht nur die Winter-Ausgabe des *National Interest* aufzuschlagen, wo ganz ähnliche Töne anklingen. Mit Robert F. Ellsworth und Dimitri K. Simes legen zwei gestandene Konservative der Bush-Regierung nahe, ihren Kurs zwar nicht völlig zu korrigieren, aber doch neu auszurichten. Auch diese Autoren empfehlen mehr Pragmatismus und Klugheit, mehr Bescheidenheit und Respekt. Dazu gehöre auch, die Rechte der Palästinenser ernst zu nehmen. So sehr das Palästinenserproblem in der arabischen Welt auch instrumentalisiert werde – die Lösung dieses Problems sei den Menschen im Nahen Osten ein echtes Anliegen. Bezeichnend ist, dass einige Seiten später Henry R. Nau, der die Neokonservativen gegen Vorwürfe von konservativer Seite verteidigt, wie sie auch Ellsworth und Simes erheben, zu ganz ähnlichen strategischen Schlüssen gelangt.

Einige weitere Momentaufnahmen aus der Debatte in Washington zeigen dennoch, dass es neben diesem realpolitisch inspirierten Mainstream weite-

Das größte Fehltriteil der Regierung, so John Lewis Gaddis, sei der Glaube an eine Schocktherapie gewesen: Aus den Trümmern des Alten werde sich schon irgendwie eine neue Ordnung erheben. Hätte der Präsident doch nur von Bismarck gelernt!



Foto: W. Borrs

Zukunftsszenarien haben derzeit Hochkonjunktur: Charles Krauthammer sieht eine anti-amerikanische Koalition zwischen Russland und China heraufziehen, Richard Clarke rechnet mit vielen weiteren Terroranschlägen, und der neue Planungsstabschef Stephen Krasner denkt über die Folgen von nuklearem Megaterrorismus nach.

re Ansätze gibt. Hochkonjunktur haben in diesem Augenblick Zukunftsszenarien. Im Unterschied zu den übrigen Beiträgen verzichtet Charles Krauthammer in der *Washington Post* vom 21. Januar auf jede Kritik an der Bush-Regierung. Der Siegeszug der Demokratie setze sich weiter ungebrochen fort, Afghanen, Ukrainer, Indonesier, Malaysier, Palästinenser und nun sogar die Iraker hätten mehr oder weniger freie Wahlen abgehalten, eine Entwicklung, die der amerikanischen Regierung zu verdanken sei. Doch Amerika müsse sich auf künftige Bedrohungen einstellen. Aber nicht die Konkurrenz der EU fürchtet der Autor. Im Gegenteil, Krauthammer sieht erste Anzeichen für die langfristige Bildung einer antiamerikanischen Koalition, angeführt von einem immer autokratischeren Russland, das sich durch die Ostexpansion der Demokratie bedroht fühle. Dessen Hauptverbündeter könnte China werden, das Deutschland des 21. Jahrhunderts, wie Krauthammer schreibt. Für ihn ist es ein historisches Gesetz, dass eine Hegemonialmacht Widerstand hervorruft, und er denkt dabei über den Tag des Sieges über den Terrorismus hinaus. Das zeigt zumindest, dass der prominente neokonservative Denker mit einem Ende des Krieges gegen den Terrorismus, nicht aber der Bedrohungen für den Westen rechnet.

Bedrohliche Zukunftsszenarien entwerfen auch Richard A. Clarke und Stephen D. Krasner. Clarke blickt im *Atlantic Monthly* (Januar/Februar) in einem fiktiven Bericht aus dem Jahr 2011 auf ein Jahrzehnt eines katastrophalen Krieges gegen den Terrorismus zurück. Eine Reihe konventioneller terroristischer Anschläge hat die Welt verändert und Amerika in eine Art permanenten Ausnahmezustand versetzt. Der Iran hat in dieser Zukunftsvision längst Atomwaffen erworben.

Viel weniger spektakulär, aber nicht weniger drastisch skizziert Krasner in *Foreign Policy* (Januar/Februar) die möglichen Folgen mehrerer gewaltiger terroristischer Anschläge mit Nuklearwaffen. Die Bomben gehen in Washington, Neu-Delhi, Berlin und Los Angeles hoch, Millionen Menschen sterben. Wie reagieren die USA? Krasners Denkbilder sind vor allem deshalb interessant, weil sie möglicherweise einen unkonventionellen Einblick in die außenpolitische Denkungsart des Mannes erlauben, den Condoleezza Rice zum neuen Leiter des außenpolitischen Planungsstabs im State Department berufen will. Er beschwört eine Welt der Präventivkriege herauf, nimmt jedoch eine gemeinsame Reaktion und keine Spaltung des Westens an. Internationale Polizeiaktionen sind an der Tagesordnung. Die Souveränität von Staaten – „in den zurückliegenden Jahrhunderten immer noch das beste Ordnungsprinzip“ der internationalen Beziehungen – wird eingeschränkt, die Rolle der UN marginalisiert. Weil sie nicht für das Wohlergehen ihrer Mitgliedsstaaten garantieren können, werden sie als Forum der freien Welt von der im Jahr 2000 geschaffenen und nun gestärkten „Community of Democracies“ abgelöst. Die mächtigen Staaten stimmen sich untereinander ab oder in etablierten Institutionen wie der G-8 oder der NATO. Von diesen Organisationen legitimiert, wird das Institut der Treuhanderschaft oder des Protektorats von den Großmächten wieder eingeführt, um die Verwaltung zerfallender oder als Bedrohung betrachteter Staaten übernehmen zu können. Die Finanzierungsquellen des Terrorismus werden ausgetrocknet, heutige Rückseiten auf Staaten wie Saudi-Arabien wird es nicht mehr geben.

Wo bleiben aber die, auf deren Rücken die Strategien ausgetragen wer-

den? Die großen Entwürfe könnten leicht den Blick für die alltäglichen Herausforderungen verstellen, mit denen sich die amerikanischen Truppen vor Ort konfrontiert sehen. Dan Baum hat sich im *New Yorker* vom 17. Januar danach erkundigt. Er hat erhellende Beobachtungen gemacht, auch wenn seine Ergebnisse nicht so sensationell anmuten wie die Reportage von Seymour Hersh über die amerikanischen Invasionspläne für den Iran, erschienen in der *New Yorker*-Ausgabe vom 24. Januar.

Baum berichtet davon, wie junge amerikanische Offiziere, von den Streitkräften im Stich gelassen, zur Selbsthilfe schreiten und sich über ihre Erfahrungen austauschen. Zum wichtigsten Medium wird in dieser Geschichte das Internet. Es sei nicht leicht, derzeit amerikanischer Soldat zu sein; im Irak seien sie die „vielleicht isolierteste Besatzungsmacht in der Geschichte; es gibt in Bagdad weder Bars noch Bordelle, in denen man sich erholen könnte“. Schlimmer noch: Für die vielen schwierigen Situationen, in denen sich die Truppen jeden Tag befinden, haben sie kaum Anweisungen von höheren Stellen erhalten. So komme es vor Ort auf die Kreativität und Flexibilität der jüngeren Offiziere an. Diese seien aus einem anderen Holz geschnitzt als die höheren Ränge, die der Babyboomer-Generation angehören. Die Jüngeren haben schon früh im Leben Selbständigkeit gelernt, die prägenden militärischen Erfahrungen waren für sie die unübersichtlichen friedenserhaltenden Einsätze im Kosovo, in Bosnien, Somalia oder Haiti. Sie lassen sich von der militärischen Hierarchie nicht mehr beeindrucken; im Dezember waren es solche jüngeren Offiziere, die Donald Rumsfeld offen die Meinung sagten.

Die selbstbewussten jungen Offiziere halfen sich gegenseitig, nachdem sie

vergebens auf Hilfe von den zuständigen Stellen gewartet hatten, die entweder zu langsam seien oder vor Ort unbrauchbares und irrelevantes Material lieferten. Vier Offiziere richteten eine Website für Zug- und Kompanieführer ein, unter Missachtung der üblichen Genehmigungsvorschriften. Sie tauschten ihre Erfahrungen aus, vom besten Schutz gegen Granatangriffe bis zur Beratung selbstmordgefährdeter Untergebener. Zu den Ratschlägen, die diese im Irak erprobten jüngeren Offiziere weitergeben, gehört etwa, die Waffen abzulegen, wenn man in ein Zelt eingeladen wird, um kein Signal des Misstrauens auszusenden. Eine Gemeinschaft von Offizieren entstand so über das Internet, jenseits der offiziellen Dienstwege.

Die Streitkräfte haben mittlerweile darauf reagiert. Sie konnten die Bewegung nicht anhalten, also versuchten sie, sich an deren Spitze zu setzen. Die Begründer der Website wurden auf die Universität geschickt, um ihren Doktor zu machen und dann an der Militärakademie zu unterrichten. Die Armee hat zusätzliche eigene Websites eröffnet, um den Bedürfnissen der Truppe gerecht zu werden. Doch wie sie die vor Ort nur auf sich gestellten, selbständigen und kreativen jungen Offiziere nach dem Krieg wieder in die hergebrachte Hierarchie eingliedern will, darauf hat sie noch keine Antworten gefunden.

Der von Rumsfeld im Mai 2003 als Armeestaatssekretär entlassene Thomas White hat seine eigene Theorie dazu, wie er Baum erzählt: Man werde in Zukunft häufiger öffentliche Rücktritte aus Protest gegen die Politik der Regierung erleben. Denn die mit humanitären Interventionen aufgewachsenen Offiziere wollen es nicht noch einmal erleben, dass sie und ihre Männer von den Leuten, denen sie helfen sollen, Tag für Tag mehr gehasst werden.

Die großen Strategen vergessen leicht, wie es vor Ort aussieht. Amerikas im Stich gelassene junge Offiziere schreiten zur Selbsthilfe. Sie tauschen sich über das Internet aus und lassen sich von der militärischen Hierarchie nicht mehr beeindrucken.